

Mieten explodieren – Zahl der Wohnungslosen hoch wie nie

Wohnen? Notstand!

In Deutschland gibt es 335.000 wohnungslose Menschen, 22.000 davon sind Kinder. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe geht davon aus, dass es bis 2018 536.000 werden.

Zu wenige Wohnungen

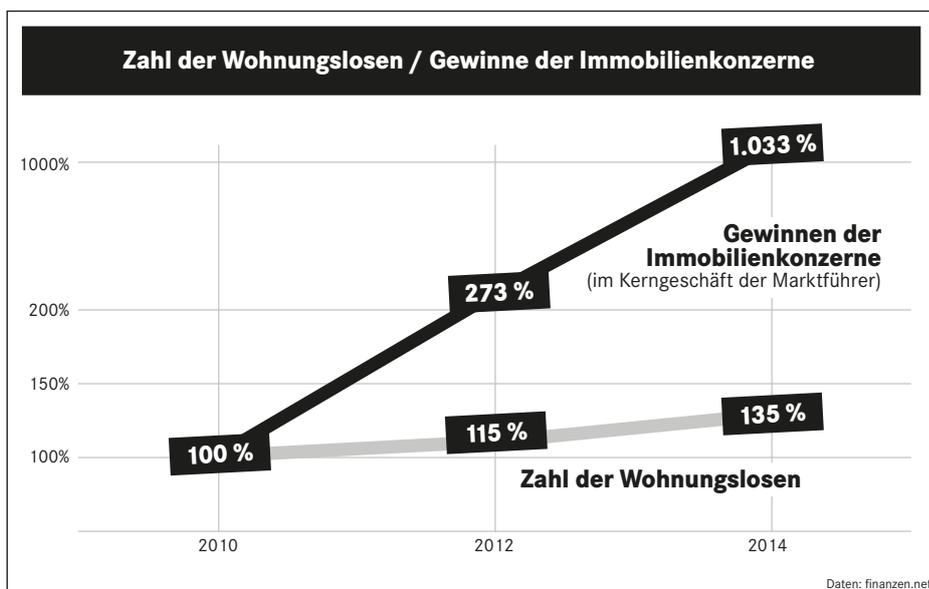
Zwischen 1995 und 2010 ist die Zahl neu gebauter Wohnungen von 600.000 auf 160.000 pro Jahr gesunken. Zuletzt stieg die Zahl wieder auf 278.000 (2016), doch nur 53.000 davon waren Mietwohnungen. Hinzu kommt: **in den 20 größten Städten** waren nach einer Studie nur **4,7 Prozent der neugebauten Wohnungen für die Mehrheit der Menschen überhaupt bezahlbar**. Es werden zu wenig und es werden die falschen Wohnungen gebaut. Gebraucht werden vor allem bezahlbare Mietwohnungen.

Steuergelder für private Profite

Die Immobilieneigentümer profitieren von massiven staatlichen Zuwendungen. Sie erhalten jährlich steuerliche Vorteile von 8 Mrd. Euro. Dazu kommen 17 Mrd. Euro in Form von staatlicher Kostenübernahme (Wohngeld und Kosten der Unterkunft). **Einnahmen und Profite werden mit 25 Mrd. Euro im Jahr aus Steuergeldern gesichert – doch so entsteht keine einzige bezahlbare Wohnung**. Denn die Investoren entscheiden nach Renditeerwartungen. Und die sind höher, je teurer die Wohnungen verkauft oder vermietet werden können.

Mietpreisbremse der GroKo zahnlos

Die Mietpreisbremse, die 2015 eingeführt wurde, ist wirkungslos geblieben. Sie trug die Handschrift der Immobilienlobby: Im Neubau und bei Modernisierungsmaßnahmen gilt die Mietpreisbremse nicht. Vormalig zu hoch veranschlagte Mieten haben Bestandsschutz. Verstöße gegen die Mietpreisbremse werden nicht bestraft. Ohnehin ist die Mietpreisbremse lediglich darauf angelegt, den Preisanstieg zu dämpfen. Bei Neuvermietungen soll die Miete nicht mehr als 10% über der lokalen Durchschnittsmiete liegen – diese steigt dann genau durch Neuver-



mietungen dann immer weiter. CDU, FDP und AfD wollen die Mietpreisbremse und anderer Regulierungen des Wohnungsmarktes abschaffen – die Mieten würden weiter steigen. Statt eines Papiertigers braucht es eine Mietpreisbremse, die wirklich greift.

Eigenheime sind keine Lösung

Immer wieder wird so getan, als liege die Lösung im Eigenheimerwerb. Die CDU will dafür 1.200 Euro jährlich für Familien über einen Zeitraum von 10 Jahren zur Verfügung stellen – bei den aktuellen Preisen in Großstädten ohnehin ein Tropfen auf den heißen Stein. Auch die SPD will den Erwerb von Wohneigentum fördern. Wer keine bezahlbare Mietwohnung findet, soll sich eine kaufen? Solche Maßnahmen nutzen nur denen, die über Vermögen und ein hohes Einkommen für den Eigenanteil und die Finanzierung über Banken verfügen. Die meisten Menschen bleiben auf Wohnungen mit bezahlbaren Mieten angewiesen.

Die LINKE will

- 250.000 neue, bezahlbare Wohnungen pro Jahr. Dafür starten wir den sozialen, kommunalen und gemeinnützigen Wohnungsbau neu.
- Wir stoppen den Mietenanstieg durch eine echte Mietpreisbremse. Die Moder-

nisierungsumlage schaffen wir ab. Sofortmaßnahmen: In angespannten Wohnlagen werden die Mieten eingefroren – und auf 8,50 Euro abgesenkt, wenn sie drüber liegen.

- Die Mietpreisbindung im sozialen Wohnungsbau auf Dauer stellen: Einmal Sozialwohnung – immer Sozialwohnung!
- Keine Spekulation mit Boden und Wohnraum! Gewinne aus Immobiliengeschäften werden stärker besteuert, die Privatisierung von öffentlichen Grundstücken und Wohnungen gestoppt und der Bodenpreis gedeckelt.
- Wir führen die Wohngemeinnützigkeit wieder ein: Ein nicht-profitorientierten Wohnungssektor, der das Wohnen nicht dem Markt überlässt.
- Ein wirksames Verbot von Zweckentfremdung: Wer Wohnungen leer stehen lässt oder nur an Feriengäste vermietet, zahlt Strafe.

Mehr Informationen unter:
www.die-linke.de
kontakt@die-linke.de

DIE LINKE.